

Wahlprüfsteine zu den Kommunalwahlen 2024

Bericht

Abstract

Der Caravaning Industrie Verband e. V. (CIVD) hat im Zuge der anstehenden Kommunalwahlen die Parteien in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu ihren wirtschafts- und tourismuspolitischen Positionen zum Caravaning befragt. Der Bericht fasst die wesentlichen Positionen der Parteien zusammen.

1. Einleitung

Der Caravaning Industrie Verband e. V. (CIVD) hat im Zuge der anstehenden Kommunalwahlen die Landesparteien in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu ihren wirtschafts- und tourismuspolitischen Positionen zum Caravaning befragt. Im Fokus standen die parteipolitischen Haltungen in Bezug auf eine Verbesserung der Infrastruktur, eine Novellierung der Campingplatzverordnung, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure im Tourismusbereich sowie Maßnahmen zur Steigerung der Wertschätzung des Caravanings vor Ort. Angeschrieben wurden die jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke (außer Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen), FDP, Freie Wähler (außer Hamburg) und SPD.

Bis eine Woche vor der Kommunalwahl am 9. Juni haben sich aus Brandenburg die SPD und Bündnis 90/Die Grünen, aus Mecklenburg-Vorpommern die SPD, FDP und Die Linke; aus Rheinland-Pfalz die SPD, aus Sachsen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie aus Thüringen ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf die Wahlprüfsteine rückgemeldet. Darüber hinaus haben CDU/CSU die Wahlprüfsteine bundesländerübergreifend beantwortet. Alle Parteien haben in ihren Antworten grundsätzlich ihre Wertschätzung gegenüber dem Caravaning geäußert sowie ihre konkreten Vorhaben zur Steigerung der Attraktivität benannt. Im folgenden Bericht werden die unterschiedlichen politischen Positionen für die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, und Sachsen, wo am 9. Juni die erste Runde der Kommunalwahlen ansteht, ausgewertet. Alle eingegangenen Antworten der Parteien können im Detail unter dem folgenden Link abgerufen werden: <https://www.civd.de/artikel/wahlpruefsteine-zu-den-kommunalwahlen-2024/>

2. Antworten auf Wahlprüfsteine des CIVD

2.1 Beabsichtigt Ihre Partei, um dem steigenden Interesse am Caravaning-Tourismus gerecht zu werden, die Infrastruktur für Reisemobilstellplätze und Campingplätze in Ihrem Bundesland bzw. Ihrer Region zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung zusätzlicher und qualitativ hochwertiger Stellplätze? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie diesbezüglich in der kommenden Wahlperiode der Kommunalparlamente angehen?

Brandenburg: Die SPD erkennt das gestiegene Interesse am Caravaning an und sieht vor diesem Hintergrund den Ausbau entsprechender Infrastruktur als unabdingbar, bleibt in ihrer Antwort zur Frage der konkreten Verbesserung des Angebots mit Verweis auf die Tourismusstrategie des Landes Brandenburg allerdings unkonkret. Bündnis 90/Die Grünen hingegen setzen sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung für eine Standortanalyse sowie kommunale Tourismuskonzepte ein, um die tourismuspolitischen Potenziale zu steigern. Zur Verbesserung der Infrastruktur sollen wirtschaftliche Akteure und Kommunen zusammenarbeiten.

Mecklenburg-Vorpommern: Die SPD betont die im Koalitionsvertrag beschlossene und geplante Novelle der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze, womit unter anderem einheitliche Mindeststandards für Wohnmobilstellplätze sichergestellt werden sollen. Daneben soll in dieser Legislatur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Tourismusgesetz verabschiedet werden, welches die Finanzierung touristischer Projekte regeln soll. Auch die FDP strebt einen Ausbau der Caravaning-Infrastruktur an, indem marktwirtschaftliche Anreize gesetzt werden sollen. Insbesondere im ländlichen Raum sollen Investitionen in die vorhandene Infrastruktur geleistet sowie bürokratische Hürden abgebaut werden. Die Partei Die Linke spricht sich für Mindeststandards und Micro-Campingplätze aus, um Konflikte zwischen Natur- und Umweltschutz und der Bevölkerung zu lösen. Dies soll mit der Novelle der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze erfolgen.

Rheinland-Pfalz: Die SPD betont in ihrer Antwort den Stellenwert der Camping- und Caravan-Branche für den Tourismus in Rheinland-Pfalz und will die Betreiber von Camping- und Reisemobilstellplätzen bei der Verbesserung der Angebotsqualität unterstützen, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung neuer Stellplätze.

Sachsen: Bündnis 90/Die Grünen beabsichtigen die Infrastruktur für Reisemobilität durch Unterstützung der Kommunen und privaten Anbietern beim Ausbau neuer Plätze sowie durch den Ausbau von Beratungsangeboten für Kommunen und Platzbetreibern zur Verbesserung der Qualität und Ausstattung zu fördern. Die Linke gibt an, dass sie sich dafür einsetzt, dass der Tourismus in den Kommunen – wo dieser ein wichtiger Teil der Wirtschaft und Infrastruktur ist – zur Pflichtaufgabe zu erklären ist, um Landesmittel erhalten zu können. Hierdurch sollen strukturschwache Regionen gefördert werden.

2.2 Beabsichtigen Sie, sich auf der Landesebene für eine Novellierung der Campingplatzverordnung einzusetzen, um den unterschiedlichen Anforderungen und Charakteristiken von Campingplätzen und Reisemobilstellplätzen gerecht zu werden, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung flexibler und individuell angepasster Regulierungen für beide Übernachtungskonzepte?

Brandenburg: Die SPD ging auf diese Frage in ihrer Antwort nicht ein. Bündnis 90/Die Grünen gaben an, hierzu noch keine Position entwickelt zu haben.

Mecklenburg-Vorpommern: Die SPD verweist auch hier auf die Novelle der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze. Hiermit sollen auch aktuelle Trends (bspw. Tiny Houses, dauerhafte Mobilheime) geregelt werden. Auch die FDP sieht eine Novelle der Verordnung als notwendig an, die unter anderem eine Regelung der Modellvielfalt bei der Definition von Wohnwagen berücksichtigt und den Umgang mit Tiny Houses regelt. Dabei sollen Campingplätze dem Tourismus und der Erholung dienen und nicht als „verschleiertes Dauerwohnen“. Die Linke verweist auch hier auf die derzeit in Arbeit befindliche Novelle der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze.

Rheinland-Pfalz: Die SPD gibt an, dass die Verordnung 2017 angepasst wurde, um praxisnahe und flexible Regelungen zu treffen und neuere Entwicklungen zu berücksichtigen.

Sachsen: Bündnis 90/Die Grünen geben an, dass es in Sachsen keine Ordnung hierfür gibt, sondern die Re-

gelingen über die Sächsische Bauordnung erfolgen. Die Linke fordert die Anpassung baurechtlicher Aspekte, um nachhaltiges und ökologisches Campen für beide Übernachtungskonzepte zu ermöglichen. Campingplätze stellen für die Partei unabhängig des Einkommens einen Erholungsort in Wohnortnähe dar.

2.3 Welche Maßnahmen sehen Sie als geeignet an, um die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und touristischen Leistungsträgern, insbesondere im Hinblick auf Caravaning-Reisende zu verbessern und gemeinsam nachhaltige Tourismuskonzepte, wie z.B. den klimafreundlichen Reisemobilstellplatz, umzusetzen?

Brandenburg: Die SPD spricht sich für eine Zusammenspiel von Kommunen und privaten Akteuren aus, um nachhaltiges Caravaning zu ermöglichen und entsprechende klimafreundliche und nachhaltige Stellplätze zu errichten. Die Finanzierung hierfür soll über lokale Tourismusabgaben erfolgen. Bündnis 90/Die Grünen sehen hier die Entwicklung von kommunalen Tourismusprogrammen, die Hand in Hand mit den kommunalen Klimaschutzkonzepten gehen. Die Partei spricht sich zudem für einen partizipativen Ansatz aus, der Kommunen, Tourismusverbände sowie Naturschutz- und Umweltverbände bei der Erstellung entsprechender Konzepte und Maßnahmen einbindet.

Mecklenburg-Vorpommern: Die SPD spricht sich für eine baurechtliche Abstimmung von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen mit den Kommunen aus, um nachhaltigere Reisemobilstellplätze zu ermöglichen. Die FDP will hier nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen; die Kommunen sollen selbstständig für sie sinnvolle Tourismuskonzepte erstellen und die FDP spricht sich deshalb gegen das geplante Tourismusgesetz mit lokaler Tourismusabgabe aus. Umweltschutzvorhaben werden nicht als erforderlich gesehen. Dies soll individuell zwischen Betreibern und Kommunen geregelt werden. Die Linke spricht sich für kommunenübergreifende Tourismuskonzepte aus, die in Zusammenarbeit mit Verbänden und Kommunen erarbeitet werden sollen.

Rheinland-Pfalz: Die SPD verweist auf die Tourismusstrategie 2025, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Branchen zu ermöglichen und zu fördern. Dabei sollen wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte einen Einklang finden. Klimafreundliche Reisemobilstellplätze stellen für die Partei eine ideale Lösung dar.

Sachsen: Bündnis 90/Die Grünen nennen hier Beratungsangebote für Kommunen und Campingplatz- sowie Stellplatzbetreiber sowie die kommunale Bezuschussung von Campingplätzen. Die Linke kritisiert die fehlende öffentliche Bewerbung von Campingplätzen seitens des Landes und fordert eine stärkere Sichtbarmachung. Zudem sollen Abgaben (Kurtaxe oder Bettenabgabe) mit ÖPNV-Fahrberechtigungen verbunden sein.

2.4 Welche Strategien verfolgen Sie, um die Verfügbarkeit und den Ausbau umweltfreundlicher Infrastruktur, wie Elektroladesäulen an Stell- und Campingplätzen, zu fördern und damit die Antriebswende im Caravan-Sektor zu unterstützen?

Brandenburg: Die SPD ging auf diese Frage in ihrer Antwort nicht ein. Bündnis 90/Die Grünen schlagen hierbei die Prüfung einer Modellregion Elektromobilität ähnlich der bereits vorhandenen Modellregion im Bereich Wassertourismus vor, um so die Elektromobilität durch verschiedene Akteure voranzutreiben.

Mecklenburg-Vorpommern: Die SPD spricht sich für den Ausbau eines engmaschigen Netzes an Ladestationen aus. Durch Förderung des Bundes sollen weitere Anlagen im ländlichen Raum vorangetrieben werden. Für die FDP soll die Förderung durch Marktanziehe erfolgen, nicht durch staatliche Vorgaben oder Förderungen. Zudem soll technologieoffen agiert werden, alternative Kraftstoffe wie E-Fuels sollen nicht gleich ausgeschlossen werden. Die Linke betont hier den durch Bundes- und Landesmittel geförderten Ausbau von Ladepunkten, die auch für die Caravaning-Wirtschaft sowie Privatpersonen zugänglich ist.

Rheinland-Pfalz: Die SPD setzt sich für den weiteren Ausbau von E-Ladesäulen ein, so sollen bis 2030 eine Million öffentliche Ladestationen in Deutschland, auch im ländlichen Raum und an Campingplätzen, gebaut werden.

Sachsen: Bündnis 90/Die Grünen verweisen auf die Förderung der Ganzjahrestourismus, sofern es sich nicht vorrangig um Dauerstellplätze handelt, sowie auf das Bundesprogramm zum Ausbau von Ladeinfrastruktur. Die Partei Die Linke setzt sich für eine gezielte Förderung im Einklang mit der EU ein, wobei Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit eine große Rolle spielen. So sollen touristische Betriebe hinsichtlich von Investitionsstaus unterstützt werden, um ein nachhaltigeres und umweltfreundliches Angebot zu schaffen.

2.5 Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Wahlperiode unternehmen, um die Wertschätzung für die Caravaning- und Campingwirtschaft in der kommunalen Politik und Öffentlichkeit zu erhöhen und ihre Bedeutung für die regionale Wirtschaft und den Tourismus zu unterstreichen?

Brandenburg: Die SPD setzt zur Steigerung der Wertschätzung der Caravaning- und Campingwirtschaft auf ein effektives, und zielgruppenorientiertes Marketing durch die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH des Landes sowie auf eine Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure rund um Caravaning. Bündnis 90/Die Grünen nannte keine konkreten Strategien zur Steigerung der Wertschätzung.

Mecklenburg-Vorpommern: Die SPD äußerte sich nicht zu diesem Punkt. Die FDP setzt hier auf ein gezieltes Marketing. Die FDP sieht hier wirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement als wesentlichen Treiber zur Steigerung der Wertschätzung an, etwa durch Gemeindevertretungen, Bürgerveranstaltungen und lokale Wirtschaftsförderungen. Wertschätzung erfolgt hier auf kommunalpolitischer Ebene. Die Linke nennen hier die kommunale Begleitung der Novelle der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze.

Rheinland-Pfalz: Die SPD betont die Verbindung zwischen Freizeitsport und Caravaning, weshalb die Camping- und Reisemobilplätze besser an die Radwege angeschlossen werden sollen. Zudem sollen neue Prädikatswanderwege und barrierefreie Wanderwege ausgebaut werden.

Sachsen: Bündnis 90/Die Grünen nennen als Maßnahmen zum einen den Ausbau und die Bekanntmachung von Beratungsangeboten für Kommunen und Platzbetreiber durch den Landestourismusverband und die regionalen Destinationsmanagementorganisationen. Zum anderen sollen Handlungsempfehlungen für die Sächsische Camping- und Caravanbranche bekannter gemacht werden. Die Linken setzen sich auf kommunaler und landespolitischer Ebene für eine Verbesserung der Infrastruktur ein und diskutieren Camping- und Stellplätze als Punkte der Daseinsvorsorge und des Miteinanders.

Der CIVD freut sich darauf, den begonnenen Austausch auch nach den Wahlen fortzusetzen und gemeinsam mit den politischen Entscheidern vor Ort darüber zu diskutieren, wie die touristische Entwicklung im Bereich Caravaning-Tourismus weiter vorangebracht werden kann.

Caravaning Industrie Verband e. V. (CIVD)
Hamburger Allee 14
60486 Frankfurt am Main
+49 69 704039-0
info@civd.de
civd.de
caravaning.info